

Braucht es überhaupt die CVP?

Damit man mich recht verstehe: Nicht ich stelle diese Frage, sondern mir wurde übertragen, sie zu beantworten. Man könnte ja sagen, angesichts unseres schönen Wahlerfolgs sei es total daneben, eine solche Frage überhaupt zu stellen.

Allerdings ist es noch nicht so lange her, dass mir vor allem von freisinniger und sozialdemokratischer Seite diese Frage häufig gestellt wurde. Die Argumentation war einfach: Es braucht keine konfessionellen Parteien mehr. In der CVP gibt es Spannungen zwischen dem Wirtschaftsflügel und den Christlichsozialen, da sollen die einen zur FDP und die anderen zur SP, dann ist alles in bester Ordnung.

Das ist schon lange nicht mehr aktuell, auch wenn es sogar Journalisten gibt, die es immer noch nicht begriffen haben. Die CVP ist nicht mehr die Partei, die katholische Interessen vertritt. Eine solche Partei wäre tatsächlich überflüssig. Seit 1963, als die Katholiken die meisten Rechte und Privilegien erhielten, welche bis anhin nur den Reformierten zustanden, kann die CVP diese Funktion nicht mehr haben. Ich behaupte, dass unser Wahlerfolg in den Nationalratswahlen bedeutet, dass wir unseren Wähleranteil unter reformierten Wählerinnen und Wählern vergrössern konnten. Er dürfte jetzt sicher bei ca. einem Drittel liegen. Wir werden heute als glaubwürdige überkonfessionelle Wertepartei wahrgenommen. So sind zum Beispiel von den 10 neuen CVP-Vertretern im kantonalen Justizbetrieb (Richter, Staatsanwälte etc.) nur noch 2 Katholiken! Auch die innerparteilichen Spannungen sind schon längst Geschichte. Sie haben uns lange geschadet: Aus der Situation, dass um 1990 meist ein Teil unserer Kantonsratsfraktion mit der FDP und ein anderer mit der SP stimmte, entstand das „Wischi-waschi“-Etikett und die Aufforderung, die CVP zu liquidieren.

Die Zeiten haben sich geändert. Heute sind FDP und SP unter Beschuss und hämisch könnten wir zurückfragen: „Wozu braucht es euch eigentlich noch?“

Das will ich aus zwei Gründen nicht tun:

Erstens braucht unsere direkte Demokratie eine gewisse Parteienvielfalt. Bei uns gibt es nicht Opposition und Regierung. Die Opposition ist das Volk (ich brauche den Begriff nicht im Sinne der SVP, ich meine mit „Volk“ grundsätzlich alle Stimmberechtigten). Je mehr sich die Stimmberechtigten durch verschiedenste Parteien repräsentiert fühlen, umso mehr können Lösungen im Konsens erarbeitet werden, welche die Opposition des Volkes mittels Referendum nicht zu fürchten brauchen. Parteien sind bei uns wie ein Orchester. Es braucht nicht nur Bläser und Trommler: gelungene Demokratie ist kein Militärkonzert mit Pauken und Trompeten, sondern eine anspruchsvolle Symphonie. Darum braucht es SP und FDP und natürlich auch die CVP.

Zweitens wird es in einigen Jahrzehnten von all den Parteien, die jetzt das Sagen haben, keine mehr geben. Neue werden kommen und es wird auch Fusionen geben. Für eine Christdemokratische Partei ist das keine erschreckende Zukunftsvision. Das Christentum hat sich als humanisierende Kraft in den letzten Jahrzehnten unter den verschiedensten Parteinamen und unter den verschiedensten Konstellationen in der Parteienlandschaft westlicher Demokratien bewährt. Warum sollten wir jetzt schon traurig sein, wenn nach der CVP etwas noch Besseres kommt?

Wir können darum nur die Frage nach dem Jetzt stellen.

Und da bin ich der festen Überzeugung, dass es die CVP tatsächlich braucht. Ich nehme an, dass nichts anderes von mir erwartet wird. Was sollte ich auch mit der vielen Freizeit machen, wenn es plötzlich keinen CVP-Präsidenten mehr bräuchte?

Die CVP vertritt nicht zufällig eine Politik des Zentrums. Es gehört zum christlichen Gesellschaftsbild, dass weder das Individuum verherrlicht und der Staat zum Nachtwächterstaat degradiert wird, noch der Staat als alles bemutternde Grösse die Individuen zu ihrem Glück zwingt. Ein christliches Gesellschaftsbild überlässt den Einzelnen möglichst viel Freiheit. Wir sind aber nüchtern genug, um zu erkennen, dass diese nicht nur in Einzelfällen missbraucht werden kann, sondern dass wir alle immer wieder in Versuchung kommen, rücksichtslos unsere eigenen Interessen durchzusetzen (z.B. bei der Steuererklärung). Darum muss das Individuum immer auch

begrenzt werden. Wir stehen auch dafür ein, dass der Staat Sozialstaat zu sein hat: Ein schlanker Sozialstaat, der im Krisenfall neue Eigenverantwortung fördern will, aber grundsätzlich soll es bei uns keine Menschen geben, die auf der Strasse leben müssen. Diese Positionierung zwischen den Polen des polarisierenden Politisierens nehmen wir nicht zufällig oder aus wahltaktischen Gründen ein, sondern weil es für eine christliche Partei keine andere Positionierung geben kann.

Dasselbe gilt auch für die kompromisslose Bereitschaft, die Menschenwürde und die Menschenrechte zu respektieren. Philosophische Überlegungen greifen hier oft zu kurz. An der Menschenwürde wird gedeutelt und heruminterpretiert, das letztlich im Namen der Menschenwürde alles Mögliche gefordert werden kann. Für uns ergibt sich aus der Botschaft der Evangelien eine starke Verpflichtung, wie sie nur eine Partei haben kann, die für religiöse Rückbindungen ihrer Politik offen ist. Christinnen und Christen begegnen im Geringsten Christus selbst (Mt. 25). Der Geringste ist ja genau der, in welchem ich Mühe habe, einen Mitmenschen zu erkennen. Dieser wird nun aber zum Testfall für die Respektierung der Menschenwürde. Wer dieser im Einzelnen ist, der zum Testfall wird, das kann sehr verschieden sein: Ein Schwarzer, ein Sans-Papier, ein Alkoholiker oder ein SVP-Politiker. Sie alle haben wir zu respektieren, wie wenn uns Christus selbst begegnen würde.

Ein letzter Grund, warum es die CVP braucht. Man hat lange gemeint, Religion dürfe mit Politik nichts zu tun haben. Heute erleben wir eine Renaissance des Politisierens im Namen der Religion. Von evangelikalen Republikanern in den USA bis hin zu den Islamisten verschiedenster Provenienz wird immer auch im Namen Gottes politisiert. Offensichtlich wurde der Zusammenhang zwischen religiösen Überzeugungen (die immer auch mit moralischen und damit politisch bedeutsamen Überzeugungen verbunden sind) und der Politik bei uns jahrzehntelang verdrängt und diskreditiert. Was von Nöten ist: Politik, die um ihre religiösen Wurzeln weiss, die aber auch zwei Unterschiede machen kann:

Erstens den Unterschied zwischen Moral und Recht. Nicht alles, was in moralischer Hinsicht gefordert wird, kann auch zum staatlichen Gesetz werden. Vieles muss der Freiheit der Einzelnen anvertraut werden. So ist z.B. der Ehebruch moralisch zu verurteilen, das heisst aber nicht, dass er einen Tatbestand des Strafgesetzes sein muss wie in einigen islamischen Ländern.

Zweitens: Der Unterschied zwischen der Religionsgemeinschaft und der staatlichen Gemeinschaft. Nicht alles, was innerhalb einer Religionsgemeinschaft verbindlich ist, muss auch staatlich als verbindlich erklärt werden. So kann z.B. die Sonntagsruhe vom Staat nicht absolut mit Verweis auf Gottes Wille gefordert werden. Sie kann nur relativ als Dienst und Wohltat für die werktätige Bevölkerung verlangt werden. Wenn aber die werktätige Bevölkerung diese Ruhe gar nicht will, wird es schwierig, sie im säkularen Staat gesetzlich zu verankern.

Demokratietauglich sind nur jene Parteien, die diese beiden Unterschiede anerkennen. Religiös verwurzelte Parteien, die dies tun, sind ein wichtiger Beitrag für jede Demokratie: Sie lassen dem Religiösen Raum in der Politik, ohne dass das Religiöse totalitären Charakter annimmt. Die CVP als überkonfessionelle christliche Wertepartei ist eine solche Partei und darum braucht es sie auch.

Dr. Markus Arnold
Präsident CVP Kanton Zürich